

## Anfragen zum Plenum in der 7. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Nachlass- und eigene Immobilien hat die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) in den letzten fünf Jahren verkauft und wie viele davon wurden von Kommunen und Gebietskörperschaften erworben bzw. sind in deren Eigentum übergegangen?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, teilt sie die Aussage des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, dass 99 Prozent des bilanzierten Wasserverbrauchs auf den Anbau von Futterpflanzen entfallen würden (z.B. für ein Kilogramm Steak 15.000 Liter Wasser gemäß Plakat auf der „Grünen Woche“ (siehe „Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt“ vom 3. Februar 2017, S. 18) und trifft diese Aussage auch für Bayern zu?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand bei der Realisierung der geplanten Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz, liegt ein baufachliches Gutachten für die möglichen Standorte vor und wann genau ist mit einem Baubeginn zu rechnen?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.  
Peter Bauer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, dass kleinkriminelle Serientäter nicht in einer bundesweiten, zentralen Datenbank über die Ländergrenzen hinweg erfasst und somit von der Polizei nicht abgefragt werden können, ist es nach Auffassung der Staatsregierung zu verantworten, dass somit kein bundesweiter Datenaustausch über Kleinkriminelle im Gegensatz zu schweren Straftaten erfolgt und plant die Staatsregierung, diese Regelung künftig auf Bundesebene durchzusetzen?

**Margarete Bause**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberinnen und -bewerber aus der Türkei sind in Bayern untergebracht, ist Asylbewerberinnen und -bewerber aus der Türkei der Zugang zu Arbeit und der Besuch von Schulen (Berufsschulen sind hier ebenfalls zu berücksichtigen) auch nach einer Ablehnung ihres Asylantrages möglich, und gibt es seitens der Staatsregierung einen Erlass an die Ausländerbehörden, für türkische Asylbewerberinnen und -bewerber nach der Ablehnung ihres Asylantrages bzw. während des Asylverfahrens den Zugang zu Arbeit und den Besuch der Schulen (Berufsschulen sind hier ebenfalls zu berücksichtigen)?

sichtigen) zu verhindern (bitte den Wortlaut eines möglichen Erlasses der Antwort beifügen)?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was gedenkt sie zu unternehmen, um weitere Belastungen des Coburger Landes und des Obermains durch Stromtrassen (im Speziellen die P 44) zu verhindern, welche Maßnahmen haben speziell der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, und die Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, (die sich beide offiziell gegen eine Umsetzung der Projekte P 44 bzw. P 44 mod ausgesprochen haben) bisher getroffen, und welche Alternativen zur P 44 bzw. P 44 mod sieht die Staatsregierung?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem ein Gedenkstein auf dem Friedhof der Fraueninsel im Chiemsee für den in den Nürnberger Prozessen als Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilten Alfred Jodl, Chef des Wehrmachtführungsstabs des Oberkommandos der Wehrmacht, kontroverse öffentliche Debatten auslöst, frage ich die Staatsregierung, wegen welcher konkreten Verbrechen, insbesondere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Alfred Jodl in Nürnberg zum Tode verurteilt wurde, ob es aus der Sicht der Staatsregierung rechtlich zulässig ist, ein derartiges Denkmal für einen verurteilten NS-Kriegsverbrecher zu dulden, und seit wann die Staatsregierung über die Existenz dieses Gedenksteins - in Form eines Eisernen Kreuzes - für einen verurteilten Kriegsverbrecher informiert ist?

**Kerstin Celina**  
(GRU)

Nachdem die Seniorenresidenz Schloss Gleusdorf seit Sommer 2016 im Mittelpunkt staatsanwaltlicher Ermittlungen steht, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen seitens staatlicher Stellen (insbesondere Bezirke Unter- und Oberfranken, Landratsamt Haßberge, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei) bisher vorgenommen und eingeleitet wurden, um die Situation in der Einrichtung zu verbessern, den gesundheitlichen Zustand der Bewohnerinnen und Bewohner zu überprüfen und die Art der Pflege zu kontrollieren, zu welchem Zeitpunkt die Seniorenresidenz von den zuständigen Stellen kontrolliert wurde (bitte die genauen Daten und Ergebnisse ab dem Zeitraum 1. Januar 2016 bis heute angeben) und mit welchen Maßnahmen die Staatsregierung in Zukunft Missstände in Pflegeheimen verhindern will?

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem das Bayerische Straßeninformationssystem (BAYSIS) die zentrale Informationsplattform der Bayerischen Straßenbauverwaltung ist und der Erfassung, Pflege und Auswertung straßenbezogener Fachinformationen dient, frage ich die Staatsregierung, ob die hier erfassten Verkehrsdaten sowie die Daten zum Straßenbestand (hier insbesondere die Fahrbahnbreite) den Fachbehörden einen ersten Überblick über die Belastung einer Straße, deren Verkehrssicherheit sowie die Notwendigkeit bzw. Durchführbarkeit von verkehrlichen Veränderungen in dieser Straße geben und ob zur Berichtigung einer Straßenbreite in BAYSIS eine konkrete Vermessung vor Ort durchgeführt werden muss

oder ob die Ermittlung der Regelstraßenbreite auch anhand des hinterlegten Kartenmaterials und der Luftaufnahmen in BAYGIS erfolgen kann?

**Günther Felbinger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulen bzw. Klassen (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und Jahren) haben in den letzten fünf Jahren die Möglichkeit der Beteiligung der vom Landtag angebotenen Planspiele (sowohl im Landtag als auch extern) wahrgenommen, wie viele Schulen bzw. Klassen nehmen jährlich das Besuchsprogramm des Landtags wahr (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und Jahren) und gibt es über die Planspiele hinaus weitere institutionalisierte Möglichkeiten der praktischen Politikerfahrung an Bayerns Schulen, wie Simulationen oder Veranstaltungen mit Abgeordneten oder Mitgliedern der Staatsregierung, oder Bildungseinrichtungen für politische Bildung?

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es richtig, dass die Kriminalität im Bereich des Polizeipräsidiums München im Jahr 2016 zugenommen hat, in welchen Feldern und weswegen werden die vorliegenden Zahlen nicht sofort veröffentlicht?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Sozialkundeunterricht an Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen (bitte jeweils getrennt auflühren) wird fachfremd unterrichtet und wie viel Sozialkundeunterricht an Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen (bitte ebenfalls jeweils getrennt auflühren) wird nicht unterrichtet, weil keine qualifizierten Lehrkräfte zur Verfügung stehen?

**Eva Gottstein**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen hat die Ankündigung von Staatsministern der Justiz, Prof. Dr. Winfried Bausback, der Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank zusätzliches Personal zugesagt hat, insbesondere wie viel Personal wird voraussichtlich abgeordnet und was geschieht mit den Aufgaben, die diese Personen aktuell in Bayern erfüllen (Nachbesetzung der Stellen oder Vakanz bis zur Rückkehr der zur Generalbundesanwaltschaft abgeordnete Beamte)?

**Martin Güll**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist insgesamt seit 2005 die Summe der Drittmittel der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, die neben den Zuschüssen aus Bund und Land für die Arbeit der Stiftung Bayerische Gedenkstätten zur Verfügung stand?

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die gesicherte elektrische Leistung in Bayern im Jahr 2015 und wie wird diese ermittelt?

**Dr. Leopold Herz**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem die zweite Varroa-Milbenart *Varroa jacobsoni* bislang nur in der Lage gewesen ist, sich auf der Östlichen Honigbiene zu vermehren, nach aktuellen Forschungsergebnissen jedoch den Wirtswechsel hin zur Westlichen Honigbiene geschafft hat, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Gefahr einschätzt, die von der zweiten Art der asiatischen Varroamilbe (*Varroa jacobsoni*) ausgeht, die aktuell noch nicht in Europa angekommen ist, jedoch über den Handel hierher gelangen könnte – so wie es bereits vor

rund 60 Jahren mit der aus Asien nach Europa eingeschleppten *Varroa destructor* geschehen ist –, welche Gegenmaßnahmen sich einleiten ließen, um eine Verbreitung der *Varroa jacobsoni* in Europa zu verhindern bzw. möglichst gering zu halten, und ob es in Bayern eventuell schon Bestrebungen und Vorbereitungen gibt, sich vor der Gefahr einer Einschleppung und Ausbreitung der *Varroa*-Art zu schützen?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Nachdem die oberste Ausländerbehörde von Schleswig-Holstein eine dreimonatige Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan gemäß § 60a Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) angeordnet hat, um vor der Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen sicherstellen zu können, dass die Sicherheitslage aufenthaltsbeendenden Maßnahmen nicht entgegensteht, frage ich die Staatsregierung, ob das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr und wenn ja, mit welchem wörtlichen Inhalt im Konsultationsverfahren gemäß Ziff. 60a.1.3.2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz eine Stellungnahme gegenüber dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein abgegeben hat?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen bei den Sammelabschiebungen am 14. Dezember 2016 und 23. Januar 2017 aus Bayern nach Afghanistan dabei waren (bitte detaillierte Auflistung der Aufenthaltsorte in Bayern und die jeweilige Dauer der Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland angeben), wie viele der am 14. Dezember 2016 und 23. Januar 2017 zur Abschiebung vorgesehenen Personen hatten vorher an der Beschaffung ihrer Ausweispapiere mitgewirkt und/oder waren in Deutschland oder Europa straffällig geworden (bitte die jeweiligen Delikte angeben)?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es korrekt, dass Mitte Februar 2017 für Eier aus Legehennenhaltungen, die in der Regel im Freiland gehalten werden und aktuell (bedingt durch die Vogelgrippe) behördlich zu einer Stallpflicht verpflichtet wurden, die Möglichkeit der Vermarktung von Freilandeiern entfällt, trifft es – soweit der Staatsregierung bekannt – zu, dass in anderen Bundesländern diesbezüglich eine Unterbrechung der Anordnung zur verpflichtenden Stallhaltung (beispielsweise in Baden-Württemberg) verfügt wurde und wie unterstützt die Staatsregierung Betriebe, die aktuell mit Problemen hinsichtlich des Absatzes ihrer Eier infolge der Stallpflicht zu kämpfen haben?

**Günther Knoblauch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Voraussetzungen sind Theater-, Kunst- und Musikprojekte durch den Kulturfonds Bayern förderfähig, wenn keine professionellen Darsteller, Interpreten und Regisseure mitwirken, erwägt die Staatsregierung die Erweiterung der Förderfähigkeit durch den Kulturfonds, wenn nur Laien mitwirken und ist beispielsweise ein Kooperationsprojekt zwischen einem Lientheater aus dem ländlichen Raum und einem professionellen Theater aus München bzw. Nürnberg förderfähig?

**Dr. Herbert Kränzlein**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 ausgewiesenen Stellen für planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte) waren zum 31. Dezember 2016 tatsächlich nicht besetzt (bitte Aufschlüsselung nach den Bezeichnungen in Tit. 422 01) und was waren die Gründe dafür?

**Nikolaus Kraus**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche gesetzlichen Regelungen gibt es betreffend der Haltung von Herdenschutzhunden und Hütehunden, kann es aktuell zu Cross Compliance-Verstößen kommen, da diese Tiere in landwirtschaftlichen Betrieben immer bei der zu beschützenden bzw. behütenden Herde, also auch auf dem Feld und im Stall gehalten werden und ist es möglich bzw. geplant, eine Förderung für Herdenschutzhunde einzuführen, wie es in Brandenburg bereits der Fall ist?

**Ulrich Leiner**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern ist es durch den klassenbezogenen Zuschuss (Pflegebonus) für die Fachschulen für Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe gelungen, die privaten Fachschulen zum Verzicht auf die Erhebung von Schulgeld zu motivieren, welche Fachschulen erheben auch weiterhin von ihren Schülerinnen und Schülern Schulgeld (bitte auch die Höhe angeben) und hat die Erhebung von Schulgeld in jedem Fall zu einem Verlust auf den Anspruch auf Pflegebonus geführt?

**Andreas Lotte**  
(SPD)

Nachdem der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in einem Interview mit der „Abendzeitung“ unter der Schlagzeile „Markus Söder: 'München ist nicht multikulturell'“ (online am 11. Februar 2017) bedauert hat, dass die Mietpreisbremse nicht funktioniert und insgesamt einen besseren Mieterschutz angemahnt hat, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Vorschläge macht sie, um Mieterrechte zu stärken und insbesondere die Mietpreisbremse zu verbessern?

**Peter Meyer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist das Ergebnis der Überprüfung der Entscheidung der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern, die Klinik Herzoghöhe und die Höhenklinik Bischofsgrün in Bayreuth zusammenzufassen bzw. wann ist mit einer Veröffentlichung zu rechnen?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist die Zusage des Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, auf einer CSU-Regionalkonferenz, im nördlichen Oberbayern die Polizeipräsenz „überproportional auszubauen“ Teil des in der Antwort auf meine Anfrage zum Plenum vom 23. Januar 2017 (Drs. 17/15150) seitens des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr angesprochenen, „ganzheitlichen Konzepts“ zur Verteilung der 2000 zusätzlichen Stellen im Polizeidienst, und welche bayerische Region soll aus seiner Sicht „unterproportional“ bedacht werden?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Nachdem die Zahl der Holzrechtler im Spessart auf der Informationsveranstaltung der Staatsministerin für Umwelt und Verbrau-

cherschutz, Ulrike Scharf, am Freitag, den 10. Februar 2017 in Aschaffenburg auf 60.000 geschätzt wurde, frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser Berechtigten übten in den letzten fünf Jahren ihr Holzrecht tatsächlich aus, wie viele Ster Holz wurden in diesem Zusammenhang an die Holzrechtler abgegeben, inklusive des Brennholzes, das von den Staatsforsten im Spessart verkauft wurde und wie viele Holzrechtler wären von dem aktuellen Gebietsvorschlag betroffen?

**Verena Osgyan**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wird derzeit dem Klinikum Ingolstadt vorgeworfen, gegen den Schutz von Patientendaten verstoßen zu haben (bitte kurz den Sachverhalt angeben), inwiefern sind die bayerischen Datenschutzbehörden mit diesen Datenschutzverstößen am Klinikum Ingolstadt befasst und in wie vielen Fällen hat das Klinikum Ingolstadt oder haben deren Gesellschafter betroffenen Patientinnen und Patienten im Zusammenhang mit den Datenschutzverstößen eine Geldzahlung angeboten?

**Kathi Petersen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war en in Bayern im Jahr 2016 die Versorgungsdichte mit Plätzen in Palliativstationen und in Hospizen je eine Million Einwohner sowie die Versorgungsdichte der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung und wie - soweit bekannt - hoch waren die entsprechenden Vergleichszahlen in den anderen Bundesländern?

**Hans-Ulrich Pfaffmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wohnungen wurden mit dem Wohnungspakt Bayern im Rahmen des kommunalen Förderprogramms für alle (2. Säule) bzw. der Wohnungsbauförderung für alle (3. Säule) im Jahr 2016 staatlich gefördert und wie viele der für die 3. Säule vorgesehenen Mittel wurden für 2017 bereits abgerufen?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kriterien führen bei der Erteilung einer Betriebserlaubnis für Ferienbetreuungsmaßnahmen zur Entscheidung, wer als Fachkraft mit „aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen“ gemäß der Anforderung im des Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) gilt, welche Unterschiede gibt es bei den verschiedenen Ferienbetreuungsmaßnahmen (Tagesprogramm, Übernachtungsangebote etc.) hinsichtlich der Anforderungen an die Qualifizierung von Betreuungskräften, und wie stellen Staatsregierung und Bezirksregierungen sicher, dass zukünftig alle Anbieter von Ferienbetreuungsmaßnahmen in Bayern im Rahmen ihrer Arbeit eine Betriebserlaubnis beantragen, um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Standards bieten zu können?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Taten liegen den Delikten „Mord“ und „Totschlag“ zugrunde, die das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr auf meine Anfrage zum Plenum vom 23. Januar 2017 (Drs. 17/15150) unter antisemitische Straftaten im Jahr 2016 subsumiert hat, wann haben diese stattgefunden und was waren die Hintergründe?

- Florian Ritter**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten mit Bezug zu Unterkünften für Geflüchtete (Gemeinschaftsunterkunft bzw. Erstaufnahme) wurden 2016 in München (bitte aufgeschlüsselt nach jeweiliger Straftat und Verstoß gegen das Ausländerrecht) im Vergleich zu 2015 registriert?
- Georg Rosenthal**  
(SPD) Nachdem die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, Dr. Beate Merk, von der Staatsregierung den Auftrag hat, konkrete Projekte zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Höhe von 20 Mio. Euro zu identifizieren, frage ich die Staatsregierung, in welchem Zeitrahmen das Konzept erarbeitet werden soll, wie das Parlament dabei einbezogen wird und wie die Kriterien bei der Auswahl der Projekte lauten?
- Franz Schindler**  
(SPD) Nachdem die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ausweislich eines schriftlichen Berichts des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr an den Landtag vom 8. Juli 2016 seit dem 5. Mai 2014 in dem Ermittlungsverfahren Az. 300 Js 12538/14 gegen insgesamt sechs Beamte des Bayerischen Landeskriminalamtes wegen Diebstahls in mittelbarer Täterschaft bzw. Strafvereitelung im Amt und uneidlicher Falschaussage ermittelt und in diesem Zusammenhang sowohl Wohnräume des Beschuldigten M. H. als auch Diensträume im Bayerischen Landeskriminalamt durchsucht worden sind und der Beschuldigte M. H. von seiner ihm nach Einleitung des Ermittlungsverfahrens übertragenen Aufgabe, die Sonderkommission im Rahmen der Wiederaufnahme der Ermittlungen zu dem Oktoberfestattentat zu leiten, entbunden worden ist, frage ich die Staatsregierung, weswegen der Beschuldigte M. H. als Leiter der Sonderkommission abgelöst worden ist, welche Aufgabe er derzeit im Landeskriminalamt ausübt und bis wann mit dem Abschluss der Ermittlungen gegen ihn und fünf weitere Beamte des Landeskriminalamts gerechnet werden kann?
- Gabi Schmidt**  
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl von Unfällen im Straßenverkehr wegen schlechter Sichtverhältnisse (z.B. Dunkelheit, Nebel, Topographie etc.) zwischen 2006 und heute entwickelt, wie viele dieser Unfälle sind auch auf mangelnde Beleuchtung der Fahrzeuge (z.B. Fahren ohne Licht) zurückzuführen und wie hat sich die Anzahl an Strafzetteln wegen Fahren ohne Lichts im genannten Zeitraum entwickelt?
- Katharina Schulze**  
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen, die als islamistische Gefährder eingestuft werden, werden in Bayern derzeit rund um die Uhr sicherheitsbehördlich überwacht, wie vielen islamistischen Gefährdern wurden in Bayern Meldeauflagen auferlegt, gegen wie viele islamistische Gefährder mit ausländischer Staatsangehörigkeit haben die bayerischen Ausländerbehörden Abschiebungshaft angeordnet (bitte Haftgründe angeben)?
- Stefan Schuster**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz wurden im Jahr 2016 in Bayern von Rechtssuchenden an den einzelnen 73 Amtsgerichten in Bay-

ern gestellt und wie schlüsseln sich die erteilten Berechtigungsscheine auf die 73 Amtsgerichte in Bayern auf?

**Gisela Sengl**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war für die Jahre 2015 und 2016 jeweils der Anteil der Cross Compliance-Verstöße, die die Einhaltung der Nitratrichtlinie bzw. des Düngerechts betrafen, wie viel Prozent dieser Verstöße betrafen jeweils Fehler bei der Erstellung von Nährstoffbilanzen und wie viel Prozent dieser Verstöße betrafen jeweils fehlende Bodenuntersuchungen?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten mit Bezug zu Unterkünften für Geflüchtete (Gemeinschaftsunterkunft bzw. Erstaufnahme) wurden 2016 im Vergleich zu 2015 in München registriert, die nicht Bewohnerinnen bzw. Bewohner der Unterkünfte zugerechnet werden und in wie vielen Fällen lag eine ausländerfeindliche oder rechtsradikale Motivation zugrunde?

**Claudia Stamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge (bitte nach Herkunftsländern getrennt auflisten) sind 2016 und 2017 direkt nach dem Grenzübertritt in das Erstaufnahme- und Rückkehrzentrum Bamberg gebracht worden, wie viele davon haben dort mittlerweile einen Schutzstatus zugesprochen bekommen bzw. eine Ablehnung erhalten (bitte nach Nationalitäten jeweils getrennt auflisten) und wann waren die am 23. Januar 2017 aus Bamberg abgeschobenen afghanischen Flüchtlinge jeweils eingereist?

**Rosi Steinberger**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele praktizierende Gynäkologinnen und Gynäkologen gibt es im Landkreis Landshut (bitte aufschlüsseln nach Kommunen), wie viele zugelassene Sitze gibt es in der Region (Landkreis und Stadt Landshut) und wie soll die Versorgung der Landbevölkerung in Zukunft gewährleistet werden?

**Florian Streibl**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem Wildbäche definiert sind als oberirdische Gewässer mit zumindest streckenweise großem Gefälle, rasch und stark wechselndem Abfluss und zeitweise hoher Feststoffführung, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Gründen das Gewässer Brucklaine am Hechendorfer Berg bei Grafenaschau am 29. November 2016 vom Wildbach in ein Gewässer 3. Ordnung umgewidmet wurde?

**Reinhold Strobl**  
(SPD)

Vor dem erfreulichen Hintergrund, dass das 10.000 Häuser-Programm von Bauherren seit dem Start im September 2015 stark nachgefragt wird, die Anzahl der Anträge die Erwartungen stark übertroffen hat, so dass der aktuell mögliche Förderrahmen bereits erreicht ist und das Programm vorübergehend geschlossen werden musste, obwohl das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie dieses Förderprogramm bis Ende 2018 aufgelegt hat, frage ich die Staatsregierung, wann mit einer Fortsetzung dieses Förderprogramms sowohl für den Förderprogrammteil „EnergieSystemHaus“, als auch für den „Heizungstausch“ zu rechnen ist?

**Dr. Simone Strohmayer**

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war in Bayern im Jahr 2016 die Anzahl an Drogentoten je 100.000 Einwohner, wie hoch

- (SPD) war diese Zahl - soweit der Staatsregierung bekannt - in den anderen Bundesländern und wie hat sie sich in Bayern zwischen 2010 und 2016 entwickelt?
- Martin Stümpfig**  
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, welche weiteren Schritte werden im Fall des jungen Afghanen M. J. von der Staatsregierung und –falls bekannt – dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unternommen, ist ein politisches Eilverfahren, welches eine Umgehung der Aussetzung der Abschiebung durch den Einspruch des eingeschalteten Rechtsanwaltes zur Folge hätte, geplant, hat Herr J. die Möglichkeit ,am 1. September 2017 nach erfolgreich abgeschlossener Einstiegsqualifizierung zum Kfz-Mechatroniker, die er derzeit in seinem Ausbildungsbetrieb in Bechhofen absolviert, eine reguläre Ausbildung zu beginnen?
- Ruth Waldmann**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Einrichtungsträger haben seit der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (Drs. 17/10484) vollstationäre Einrichtungen in ambulante Angebote umgewandelt, wie lautet dahingehend der Zwischenstand der vom Staatsministerium für Gesundheit und Pflege beabsichtigten Evaluation des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und welche Auswirkungen erwartet die Staatsregierung durch die Pflegestärkungsgesetze im Hinblick auf die Ambulantisierung vollstationärer Pflegeeinrichtungen bzw. die Prüfung von Einrichtungen?
- Angelika Weikert**  
(SPD) Angesichts des verstärkten Bestrebens der Staatsregierung, ausreisepflichtige Personen abzuschicken und der Möglichkeit der Härtefallkommission, ausnahmsweise die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Ausländerinnen und Ausländer zu empfehlen, die eigentlich zur Ausreise verpflichtet sind, frage ich die Staatsregierung, in welchen Fällen Ausländerinnen und Ausländer während der laufenden Härtefallprüfung ihres Falles durch die Härtefallkommission abgeschoben wurden, in welchen Fällen Ausländerinnen und Ausländer trotz eines Härtefallersuchens der Härtefallkommission an das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr abgeschoben wurden und mit welcher Begründung dies jeweils geschah?
- Johanna Werner-Muggendorfer**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen haben Ausländerinnen und Ausländer, bei denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein Abschiebeverbot nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) festgestellt hat und die Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG haben und denen über die Antragstellung eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Abs. 5 AufenthG auszustellen ist, mindestens seit September 2016 bei der Ausländerbehörde des Landratsamts Starnberg keinen Termin für die Antragstellung zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erhalten, warum wurde diesen Ausländern statt einer Aufenthaltserlaubnis eine Duldung erteilt und ist der Staatsregierung bekannt, ob andere Kreisverwaltungsbehörden ebenso wie das Landratsamt Starnberg verfahren?

**Margit Wild**  
(SPD)

Nachdem die Bewerbungen für die Professur für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie an der Universität Regensburg am Bezirksklinikum Regensburg bis zum 17. August 2015 eingegangen sein sollten und die Besetzung laut Ausschreibung zum nächstmöglichen Zeitpunkt erfolgen sollte, frage ich die Staatsregierung, wie viele Bewerbungen sind eingegangen und was ist der aktuelle Sachstand bei der Besetzung des Lehrstuhls?

**Isabell Zacharias**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil chronisch kranker Studierender oder Studierender mit Behinderungen an den Studierenden insgesamt (aufgelistet nach Hochschulen und Universitäten), sind an den bayerischen Hochschulen und Universitäten alle Studiengänge barrierefrei zugänglich und ist gewährleistet, dass alle Studierenden an allen Lehrveranstaltungen und an allen anderen offiziellen Veranstaltungen der Hochschulen und Universitäten barrierefrei teilnehmen können?

**Benno Zierer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Bundesministerium der Finanzen sowie die Länder Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen und Sachsen – wie von der Staatsregierung mit Schreiben vom 12. September 2016 angefragt – bereit sind, sich finanziell an einem Neubau der Auffangstation für Reptilien München zu beteiligen und wenn ja, in welcher Höhe?